

Anfrage „Aktiv für Frieden Bad Kreuznach“

zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 14.März 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne beantworten wir Ihre Anfrage von Aktiv für Frieden Bad Kreuznach an die Direktkandidat*innen der GRÜNEN im Wahlkreis 17 und 18. Wir positionieren uns gleichermaßen im Thema Atomwaffen und nukleare Teilhabe. Aus diesem Grund erhalten Sie unsere Antworten gebündelt.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Manz

(Direktkandidatin im WK 17)

Johannes Wild

(Direktkandidat im WK 18)

UNSERE ANTWORTEN AUF IHRE FRAGEN

Was möchten Sie/Was möchte Ihre Partei unternehmen, damit der Landtagsbeschluss zum Atomwaffenverbot vom 22.August 2019 beibehalten, konkret weiterverfolgt und umgesetzt wird?

In Rheinland-Pfalz haben alle Landtagsabgeordneten der GRÜNEN die ICAN-Erklärung unterzeichnet und sich deutlich für ein Abrüsten nuklearer Waffen ausgesprochen. Auf GRÜNE Initiative hin hatten die rheinland-pfälzischen Regierungsfractionen die Bundesregierung mit dem Antrag ‚Atomwaffenverbot statt einem neuen atomaren Wettrüsten‘ zur Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags zum Verbot nuklearer Waffen aufgerufen. Die Landeshauptstadt Mainz hat am 2. Februar 2019, dem Tag der Kündigung des INF-Vertrages durch die USA, als erste Stadt in Deutschland den ICAN-Städteappell unterzeichnet. Signale wie diese sind wichtig, aber es müssen Taten folgen. Aus unserer Verantwortung für Rheinland-Pfalz heraus fordern wir beständig die Bundesregierung in aller Deutlichkeit auf: Die in Büchel stationierten US-Atomwaffen müssen abgezogen und vernichtet werden.

Das Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbotsvertrags ist ein Meilenstein für alle, die sich seit Jahrzehnten unermüdlich für eine atomwaffenfreie, friedliche Welt stark machen. Genug Staaten haben den UN-Atomwaffenverbotsvertrag nun ratifiziert, damit er in Kraft treten kann. Das macht Mut und bestärkt uns darin, uns weiterhin für eine atomwaffenfreie Zukunft einzusetzen. Gleichzeitig erhöht es den Druck auf die Bundesregierung, dass auch Deutschland ein starkes Zeichen gegen Atomwaffen setzen und den Vertrag endlich unterzeichnen muss. Damit aber endlich auf Bundesebene Bewegung in das Thema kommt, müsse wir GRÜNE aus meiner Sicht an der Regierung in Berlin beteiligt sein.

Unsere GRÜNE Position auch auf Bundesebene ist: Nach wie vor lagern auf dem Fliegerhorst Büchel völkerrechtswidrig US- amerikanische Atomwaffen, die nicht nur für uns in Rheinland-Pfalz eine ständige Gefahr darstellen. Wir fordern seit Jahrzehnten den unverzüglichen Abzug und die Vernichtung dieser Atomwaffen. Für die Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel gibt es keinerlei Begründung und Rechtfertigung.

Werden Sie im Fall Ihrer Wahl sicherstellen, dass das Land Rheinland- Pfalz in keiner Form - weder direkt noch indirekt - in Atomwaffen, Atomwaffentechnologien oder die daran beteiligten Unternehmen investiert.

Das Land Rheinland-Pfalz hat wenige Möglichkeiten selbst zu investieren. Lediglich ein Teil der Versorgungsrücklage für Pensionsverpflichtungen der Beamt*innen kann in Aktien investiert werden. Wir GRÜNE haben darauf hingewirkt, dass Investitionen aus dieser Rücklage auf Grundlage einer Anlagenrichtlinie ökologisch sinnvoll und ethisch vertretbar getätigt werden. Damit haben wir schon heute gesetzlich Investitionen in Atomwaffen, Atomwaffentechnologien oder die daran beteiligten Unternehmen ausgeschlossen. Denn keinesfalls darf die nukleare Teilhabe durch neue Investitionen in die Trägersysteme für die nächsten Jahrzehnte festgeschrieben werden.

Planen Sie, sich im Fall Ihrer Wahl dafür auszusprechen und darauf hinzuwirken, dass alle US-Atombomben aus Büchel / Eifel abgezogen werden. Mit welchen konkreten Schritten wollen Sie das erreichen?

Wir GRÜNE fordern den unverzüglichen Abzug und die Vernichtung der Atomwaffen aus Büchel. Gerade die Menschen in der Eifel wissen: Atomkraft bringt keine Sicherheit, sondern zusätzliche Gefahr. Sie wollen, dass die Atomwaffen ihre Region verlassen und der Krieg in ihrer Heimat für immer der Vergangenheit angehört. Die Bundesregierung muss deshalb endlich den USA gegenüber offensiv einfordern, dass die Atomwaffen schnellstmöglich aus Büchel abgezogen werden. Auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz fordert den Abzug der Atomwaffen. Endlich aktiv werden muss allerdings die Bundesregierung. Sie wurde bereits im Jahr 2010 vom Bundestag aufgefordert, sich für den Abzug einzusetzen. Tätig geworden ist sie bis heute nicht. Eine Kehrtwende auf Bundesebene braucht eine GRÜNE Regierungsbeteiligung in Berlin. Konkret werden wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz dieses Thema nicht aus dem Blick verlieren und zum Beispiel wie jedes Jahr am Jahrestag der Atombombe auf Hiroshima am 6. August ein Zeichen setzen.